Stadt Plauen
Stadtrat

Plauen, 15. April 2014

Niederschrift
über die 52. Sitzung des Stadtrates

Sitzung am :	Dienstag, den 01.04.2014
Sitzungsort:	im Großen Ratssaal des Rathauses

Beginn: 15:00 Uhr **Ende:** 19:20 Uhr

Anwesenheit:

Von 43 Mitgliedern des Stadtrates sind 30 ständig anwesend:

Vorsitzender: Oberbürgermeister Ralf Oberdorfer

Stimmberechtigtes Mitglied	**Stimmberechtigtes Mitglied**	**Stimmberechtigtes Mitglied**
Wolfgang Alboth	Andrea Horlomus	Klaus Schatz
Bernd Barth	Klaus Jäger	Wolfgang Schoberth
Andre Bindl	Rainer Maria Kett	Dr. Hartmut Seidel
Ralf Bräunel	Kerstin Knabe	Uta Seidel
Hansgünter Fleischer	Prof. Dr. Lutz Kowalzick	Bernd Stubenrauch
Klaus Gerber	Monika Mühle	Gabriele Weiß
Sven Gerbeth	Juliane Pfeil	Hansjoachim Weiß
Yvonne Gruber	Petra Rank	Benjamin Zabel
Christian Hermann	Dieter Rappenhöner	Steffen Zenner
Wolfgang Hinz	Karl-Jörg Rößiger	

Zeitweise Anwesende

Zeitweise anwesend sind 8 Stadträte:

Dieter Blechschmidt	zeitweise anwesend ab TOP 1.1. bis TOP 4.
Thomas Fiedler	zeitweise anwesend ab TOP 2.1.
Helko Grimm	zeitweise anwesend ab TOP 3.2.
Thomas Haubenreißer	zeitweise anwesend ab TOP 2.1.
Tobias Kämpf	zeitweise anwesend bis TOP 4.
Rico Kusche	zeitweise anwesend ab TOP 3.3.
Lars Legath	zeitweise anwesend bis TOP 3.8.
Michaele Wohlrab	zeitweise anwesend bis TOP 3.8.

Abwesende:

Entschuldigt sind 5 Stadträte:

Dirk Brückner	entschuldigt
Constantin Eckner	entschuldigt
Ronny Hagen	entschuldigt
Claudia Hänsel	entschuldigt
Rico Wagner	entschuldigt

Mitglieder der Verwaltung:

Name	Funktion	Anwesenheitsgrund
Herr Täschner	Bürgermeister Geschäftsbereich I	zu allen TOP
Herr Sárközy	Bürgermeister Geschäftsbereich II	zu allen TOP
Herr Brückner	Leiter Büro Oberbürgermeister	zu allen TOP
Herr Sorger	Wirtschaftsförderer	zu allen TOP
Frau Göbel	Fachbedienstete für das Finanzverwaltung	zu allen TOP
Herr Uebel	Leiter Rechnungsprüfungsamt	zu allen TOP
Frau Weck	Pressesprecherin der Stadt Plauen	zu allen TOP
Frau Myrczek	Gleichstellungsbeauftragte	zu allen TOP
Frau Seeling	Ausländer-/Behindertenbeauftragte	zu allen TOP
Herr Armbruster	Leiter Eigenbetrieb Gebäude- u. Anlagenverwaltung	öffentlicher Teil
Herr Heinze	Kulturreferent	öffentlicher Teil
Herr Grasse	Leiter Fachbereich Zentrale Dienste	öffentlicher Teil
Herr Helbig	Leiter Fachbereich Sicherheit und Ordnung	öffentlicher Teil
Frau Giering	Fachbereich Bau und Umwelt	öffentlicher Teil
Frau Spranger	Controllerin	öffentlicher Teil
Frau Kramer	Controllerin	öffentlicher Teil
Herr Mißbach	Fachgebietsleiter Betriebswirtschaft/Liegenschaften	Nichtöffentlicher Teil

Weitere Sitzungsteilnehmer:

Name	Anwesenheitsgrund
von den Fraktionsgeschäftsstellen:	
Frau Lorenz, CDU-Fraktion	zu allen TOP
Herr Dolata, SPD-Fraktion	zu allen TOP
Frau Pietschmann, FDP-Fraktion	zu allen TOP
Frau Steffi Klug, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	zu allen TOP
von den Ortschaftsräten:	
Herr Ruppin, Ortsvorsteher Großfriesen	öffentlicher Teil
Vertreter des Seniorenbeirates:	öffentlicher Teil
Vertreter der Presse:	öffentlicher Teil

Tagesordnung – öffentlicher Teil:

1. Eröffnung der Sitzung
1.1. Tagesordnung
1.2. Beantwortung von Anfragen
1.3. Bekanntgabe von Beschlüssen aus der 51. nichtöffentlichen Sitzung des Stadtrates am 04.03.2014
1.4. Informationen des Oberbürgermeisters

2. Information

2.1. Vorstellung der Verwaltung zu möglichen Organisationsstrukturen zum Stadtmarketing gemäß Antrag der Initiative Plauen und der SPD-Fraktion, ***Reg. Nr. 254-14***

3. Beschlussfassung

3.1. Wahl eines Friedensrichters/einer Friedensrichterin als Stellvertreter
Drucksachennummer: 875/2014
3.2. Fortschreibung des Abwasserbeseitigungskonzeptes Stand 2013
Drucksachennummer: 840/2014
3.3. Bereitstellung von außerplanmäßigen Aufwendungen für „Rückbau des Bürogebäudes der ehemaligen Kaserne Plauen-Kauschwitz“

Drucksachennummer: 874/2014

3.4. Ersatz des Eigenanteils der Stadt Plauen durch die Wohnungsbaugesellschaft Plauen mbH zur Bahnhofstraße 26
Drucksachennummer: 866/2014
3.5. Ersatz des Eigenanteils der Stadt Plauen durch AWG Wohnungsgenossenschaft Plauen eG zur Forststraße 50-52
Drucksachennummer: 867/2014
3.6. Ersatz des Eigenanteils der Stadt Plauen durch die AWG Wohnungsgenossenschaft Plauen eG zur Tischendorfstraße 1-7
Drucksachennummer: 870/2014
3.7. Ersatz des Eigenanteils der Stadt Plauen durch den Eigentümer zur Rädelstraße 23
Drucksachennummer: 873/2014
3.8. Antrag der CDU-Fraktion zur Aufrechterhaltung der Bewerbung der Stadt Plauen für die Landesausstellung Industriekultur
Reg. Nr. 270-14
4 . Verschiedenes

1. Eröffnung der Sitzung

Die 52. Sitzung des Stadtrates wird durch die Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit von Oberbürgermeister Oberdorfer eröffnet und geleitet.

Mit Einverständnis des Stadtrates werden zur Mitunterzeichnung der Niederschrift Herr Stadtrat Andrè Bindl, FDP-Fraktion, und Herr Stadtrat Karl-Jörg Rößiger, Fraktion DIE LINKE., bestellt.

Oberbürgermeister Oberdorfer erweitert die Tagesordnung der heutigen Stadtratssitzung, öffentlicher Teil, aus aktuellem Anlass wie folgt:

TOP 3.8. wird um den **Ergänzungsantrag der SPD-Fraktion**, ***Reg. Nr. 275-14,*** ergänzt.

Weiterhin wird die Tagesordnung um **TOP 3.9. Bereitstellung außerplanmäßiger Auszahlungen für die Beschaffung von Endgeräten für den Digitalfunk**, ***Drucksachennummer: 886/2014***, erweitert.
Die entsprechenden Unterlagen wurden vor der Sitzung an alle Mitglieder des Stadtrates ausgereicht.

Oberbürgermeister Oberdorfer gratuliert Stadtrat Klaus Jäger, Fraktion DIE LINKE., herzlich zu seinem heutigen Geburtstag und überreicht einen Strauß Blumen.

1.1. Tagesordnung

Erweiterung der Tagesordnung – siehe TOP 1.

1.2. Beantwortung von Anfragen

Frau Göbel, Fachbedienstete für das Finanzwesen, informiert zum aktuellen Stand der Umsetzung des Stadtratsbeschlusses aus der Sitzung vom 04.03.2014 zur Vorlage eines überarbeiteten Pachtvertrages mit dem Parktheaterverein zum 31.03.2014.

Die von Oberbürgermeister Oberdorfer gewünschte Zusendung der Jahresabschlüsse von 2011 bis 2013des Parktheatervereins soll dazu beitragen, die Angemessenheit der angestrebten Pachthöhe beurteilen zu können. Die Zusendung der Unterlagen ist vom Parktheaterverein bis Anfang der 16. Kalenderwoche in Aussicht gestellt, so dass in der Sitzung des Finanzausschusses am 17.04.2014 eine Einschätzung zur Pachthöhe möglich sein wird.

Zum Pachtvertrag selbst gab es zwischenzeitlich weitere Aktivitäten seitens des Eigenbetriebes GAV. Die Vertragsverhandlungen wurden mit den in der Stellungnahme vom 28.02.2014 genannten Verhandlungszielen weiter geführt. Mit Schreiben vom 31.03.2014 hat der Eigenbetrieb GAV den Entwurf zur 3. Änderung des Nutzungsvertrages abstimmungshalber an den Parktheaterverein übermittelt. Die mündliche Rückäußerung seitens des Vereins signalisiert grundsätzlich Zustimmung. Es wird derzeit davon ausgegangen, dass in der o. g. Finanzausschusssitzung der Pachtvertrag mit der Einschätzung dazu vorgelegt werden kann.

Stadtrat Hansjoachim Weiß, Vorsitzender der CDU-Fraktion, hatte in der Stadtratssitzung am 04.03.2014 und im Verwaltungsausschuss am 19.03.2014 Oberbürgermeister aufgefordert, Schaden von der Abfallentsorgung Plauen (AEP) abzuwenden bezüglich der Papierentsorgung, welche nunmehr auch von der KEV durchgeführt wird. Er wünscht hierzu genauere Aussagen, wie es weiter gehen soll.

Oberbürgermeister Oberdorfer verweist die Beantwortung dieser Anfrage in den Verwaltungsausschuss. Gerne können dort Herr Täschner, Bürgermeister Geschäftsbereich I, in seiner Funktion als Aufsichtsratsvorsitzenden der AEP und Frau Martin, Geschäftsführerin der AEP, nochmals erläutern dass die AEP Papier sammeln darf. Allerdings ist der Vogtlandkreis gesetzlich für diese Aufgaben zuständig, so dass auch die KEV Papier sammeln darf.
Oberbürgermeister Oberdorfer verweist auch auf die Ausführungen von Herrn Täschner in der Stadtratssitzung am 04.03.2014, TOP 4. Verschiedenes.

Die Anfrage von Stadträtin Petra Rank, Fraktion DIE LINKE., zum sicheren Überqueren der Fahrbahn für Kinder in Höhe Trögertreppe/Rinnelberg wurde im Stadtbau- und Umweltausschuss am 17.03.2014 wie folgt beantwortet:

> Zur Anfrage von Frau Stadträtin Rank, Fraktion DIE LINKE., zur Stadtratssitzung am 04.03.2014 bezüglich der Erhöhung der Verkehrssicherheit der Fußgänger im Bereich der Trögertreppe/Rinnelberg/ Stöckigter Straße teilt Herr Helbig mit, dass durch eine Festbeschilderung mit „Achtung Fußgänger“ sowie „eingeschränktes Haltverbot“ und „Haltverbot“ in Höhe der Bäckerei Hörning Maßnahmen ergriffen wurden.
> Auf der Bismarckstraße werden außerdem verstärkt Geschwindigkeitskontrollen durchgeführt.

1.3. Bekanntgabe von Beschlüssen aus der 51. nichtöffentlichen Sitzung des Stadtrates am 04.03.2014

Der Stadtrat der Stadt Plauen hat beschlossen, den Innenhof des Erich-Ohser-Hauses, Nobelstraße 7 in „Andy-Darby-Garten“ umzubenennen. Eine entsprechende Beschilderung ist anzubringen.

1.4. Informationen des Oberbürgermeisters

Oberbürgermeister Oberdorfer berichtet über die Mitgliederversammlung des Dachverbandes Stadtmarketing am 31.03.2014. Er gibt bekannt, dass ein neuer Vorstand gewählt wurde. Vorsitzender ist Herr Frank Trtschka. Stellvertreter sind Herr Münzer von der Sternquellbrauerei und Herr Müller vom Bergknappenverein. Schatzmeisterin ist Frau Ziegenbein.

2. Information

2.1. Vorstellung der Verwaltung zu möglichen Organisationsstrukturen zum Stadtmarketing gemäß Antrag der Initiative Plauen und der SPD-Fraktion, *Reg. Nr. 254-14*

Herr Sorger, Wirtschaftsförderer der Stadt Plauen, informiert über denkbare Strukturen für das Stadtmarketing anhand einer Präsentation.
Die hier vorgestellten 6 Varianten entstanden in Zusammenarbeit mit dem Fachgebiet Personal/ Organisation, dem Fachgebiet Betriebswirtschaft, dem Geschäftsbereich II und dem Controlling.

Grundlage für die Erarbeitung sind der Antrag der Initiative Plauen und der Antrag der SPD-Fraktion, ***Reg. Nr. 254-14.***
Bei der Erarbeitung der verschiedenen Varianten lag die Konzentration auf den Kernthemen des Stadtmarketings, Standortmarketing, Tourismusmarketing, Eventmarketing, Citymarketing und Verwaltungsmarketing.

Oberbürgermeister Oberdorfer schlägt vor, bis zur Sitzung des Verwaltungsausschusses am 16.04.2014 Rückmeldung aus den Fraktionen zu geben, welche der 6 vorgestellten Varianten bevorzugt wird. Eine entsprechende Vorlage mit den verbliebenen Varianten würde dann zur Beschluss-fassung in den zuständigen Ausschüssen vorgelegt werden.

Stadtrat Rainer Maria Kett, Vorsitzender der SPD-Fraktion, spricht einen Gedanken an, der im nächsten Verwaltungsausschuss schon mit zum Tragen kommen sollte. Das Problem Stadtmarketing krankt im Wesentlichen daran, dass es so verstreut über die gesamte Verwaltung ist. Es ist wichtig, Stadtmarketing als kommunikativen Prozess zu begreifen.
Aus Sicht der SPD-Fraktion gehört die Stadtentwicklung zum Stadtmarketing dazu und sollte auf einer Ebene angesiedelt sein.

Nach Meinung von Oberbürgermeister Oberdorfer sind die Varianten, die die Ansiedlung des Stadtmarketings im Geschäftsbereich OB vorsehen, wohl die geeignetsten im Sinne des Stadtrates. Dabei sollte aber immer die Stärkung des Ehrenamtes im Vordergrund stehen.

Stadtrat Prof. Dr. Lutz Kowalzick, CDU-Fraktion, informiert, dass sich seine Fraktion ausdrücklich bei der Arbeitsgruppe und der Verwaltung für die Ausarbeitung der Varianten bedankt.
Auf die Schwierigkeit der Besetzung des Geschäftsführers durch einen Mitarbeiter der Verwaltung oder von außen sollte hingewiesen werden. Dies stellt sicherlich eine große Herausforderung dar. Die Aufteilung einer solchen Position wäre sicher sinnvoll, um eine gute Vernetzung herzustellen.

Oberbürgermeister Oberdorfer bittet den Dachverband Stadtmarketing darum, die bisher eingegangen 20 Bewerbungen für die Stelle des Geschäftsführers zu bewerten, um eine geeignete Person für die Geschäftsführung des Dachverbandes zu finden, die gleichzeitig anteilig bei der Stadt Plauen beschäftigt werden könnte.

3. Beschlussfassung

3.1. Wahl eines Friedensrichters/einer Friedensrichterin als Stellvertreter
Drucksachennummer: 875/2014

Herr Grasse, Fachbereichsleiter Zentrale Dienste, erläutert den Inhalt der Verwaltungsvorlage.
Er weist auf eine Änderung in der Anlage, lfd. Nr. 3 hin.
Hier muss es richtig heißen: „Bewerbungsunterlagen vollständig“ **ja**

Oberbürgermeister Oberdorfer bittet die 3 Bewerber um kurze Vorstellung Ihrerseits.
Hierzu werden die Bewerber in alphabetischer Reihenfolge aufgerufen.

Nachdem seitens der Mitglieder des Stadtrates keine Nachfragen gewünscht sind, ruft Oberbürgermeister Oberdorfer zur geheimen Wahl auf.

Oberbürgermeister Oberdorfer gibt das offizielle Wahlergebnis bekannt:

Bei 36 anwesenden stimmberechtigten Mitgliedern des Stadtrates entfallen

25 Stimmen auf Frau Birgit Metscher
9 Stimmen auf Herrn Bernd Deliga
2 Stimmen auf Herrn Wolf-Peter Lorenz

Frau Birgit Metscher hat somit die erforderliche Mehrheit erreicht und wird zur Friedensrichterin als Stellvertreterin gemäß §6 Abs. 1 SächsSchiedsGütStG für die Amtszeit von 5 Jahren vom Stadtrat der Stadt Plauen gewählt.

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Plauen wählt einen Friedensrichter als Stellvertreter gemäß §6 Abs. 1 SächsSchiedsGütStG für die Amtszeit von 5 Jahren.

Abstimmungsergebnis/geheime Wahl:

Herr Bernd Deliga: 9 Stimmen
Herr Wolf-Peter Lorenz: 2 Stimmen
Frau Birgit Metscher: 25 Stimmen

Frau Birgit Metscher hat mit 25 Stimmen von 36 anwesenden Mitgliedern des Stadtrates die Wahl gewonnen.

Beschluss-Nr.: 52/14-1

3.2. Fortschreibung des Abwasserbeseitigungskonzeptes Stand 2013
Drucksachennummer: 840/2014

Oberbürgermeister Oberdorfer erläutert, dass alle Kommunen Sachsens vom Gesetzgeber (Freistaat Sachsen) aufgefordert wurden, bis zum 31.12.2015 abschließend die Abwasserbeseitigungskonzepte in jeder Kommune umzusetzen. Das heißt, es ist festzulegen, welche Bürger dauerhaft dezentral bleiben und welche Bürger Anschlüsse erhalten.

Eine aktuelle Übersicht hierzu wurde zu Beginn der Sitzung an die Mitglieder des Stadtrates aus-gereicht.
Herr Scharch, Geschäftsführer des Zweckverbandes Wasser/Abwasser, erläutert anhand dieser Übersicht den aktuellen Sachstand.

Stadtrat Klaus Jäger, Fraktion DIE LINKE., hebt hervor, dass seit 2002 sehr viele zentrale Anschlüsse, vor allem in den Ortsteilen von Plauen erfolgt sind, womit die Kommune ihrer Pflichtaufgabe
Abwasserentsorgung nachgekommen ist. Hinsichtlich des demografischen Wandels stellt sich aber die Frage, ob in ein paar Jahren ein Rückbauprogramm beschlossen werden müsste.
Gemäß einer Formulierung des Sächsischen Staatsministers für Umwelt und Landwirtschaft, Herrn Kupfer liegt das Augenmerk vor allem auf Gruppenlösungen in öffentlicher Trägerschaft. Die Förderkonditionen wurden entsprechend angepasst. Entsprechende Hinweise sind an die Abwasserzweckverbände gegeben worden.
Hinsichtlich der Situation in der Possig oder in Oberlosa stellt sich für Stadtrat Jäger die Frage, ob vernünftige dezentrale Gruppenlösungen für den ZWAV jemals ein zentrales Thema waren bzw.

ob seriöse Wirtschaftlichkeitsberechnungen dafür vorgelegt wurden.

Die Fraktion DIE LINKE. wird der Verwaltungsvorlage mehrheitlich nicht zustimmen.

Herr Scharch antwortet, dass für Gruppenlösungen auch das Gesamtgefüge passen muss und bezahlbar sein. Die Bewohner der Possig sind z. B. ca. 300 m von einem zentralen Anschluss entfernt.

Es wäre paradox hier eine Kläranlage zu bauen. Das Problem hier ist die enge Bebauung des Ortes.

Oberbürgermeister Oberdorfer bemerkt, dass vielerorts die Angebote (alles was über 3.600 EUR liegt, ist vom Anschlussnehmer selbst zu tragen) von 90 % der Anschlussnehmer angenommen. Natürlich hat solch ein Angebot auch Grenzen.

Stadtrat Steffen Zenner, CDU-Fraktion, fragt nach, ob auch die Bürger, die bisher an die so genannten Bürgermeisterkanäle angeschlossen waren und nunmehr auf Vollbiologie umrüsten, an diesen Kanälen angeschlossen bleiben können.

Herr Scharch antwortet, dass es zu fast 100 % nur noch Kanäle gibt, die in Rechtsträgerschaft des ZWAV sind. Ansonsten sind es Privatkanäle. Rein rechtlich gesehen ist dieser so genannte Bürgermeisterkanal in Rechtsträgerschaft des ZWAV.

Oberbürgermeister Oberdorfer ergänzt, dass auch nach dem Bau einer biologischen Kleinkläranlage über diesen Kanal weiter abgeleitet werden kann. Im Einzelfall gilt aber immer der vom ZWAV ausgestellte Bescheid.

Weiterhin fragt Stadtrat Zenner nach, ob für alle dezentralen Entwässerungslösungen, die es derzeit noch gibt, Vergleichsanalysen durch den ZWAV tatsächlich schriftlich an die Untere Wasserbehörde eingereicht wurden? Wenn dies nicht der Fall wäre, könnte die Untere Wasserbehörde den heutigen Stadtratsbeschluss möglicherweise angreifen.

Herr Scharch antwortet, dass der ZWAV 2008 die Bestätigung von der Unteren Wasserbehörde für das Abwasserbeseitigungskonzept bekommen hat.
Darin waren auch Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen für verschiedene Gebiete im Vogtland enthalten.

Im Sinne der Grundstückseigentümer sollte aber unter Umständen auf eine Wirtschaftlichkeits-untersuchung verzichtet und gemeinsame Lösungen gefunden werden.

Stadträtin Michaele Wohlrab, Fraktion DIE LINKE., spricht noch einmal die Bezahlbarkeit von Anschlüssen für Hartz IV-Empfänger, Geringverdiener usw. an, welche keine Chancen auf Kredite haben und mit der Rückzahlung überfordert wären.

Herr Scharch hat auch vom Sozialamt keine konkreten Aussagen bekommen. Er kann keine umfassende Antwort geben, da ein solcher Fall, dass sozial schwache Grundstücks-/Hauseigentümer eine vollbiologische Kleinkläranlage bauen, im ZWAV selbst noch nicht vorlag. Seitens der Landesregierung wurde zu Jahresbeginn noch festgelegt, dass es Kredite für sozial Schwache bis zu höchstens 3.000 EUR geben soll, die mit 0,99 % ohne Nachweis verzinst werden. Dabei müsste aber auf die Förderung von 1.500 EUR verzichtet werden.

Stadtrat Dieter Rappenhöner, Vorsitzender der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, erinnert daran, warum dieses Abwasserbeseitigungskonzept beschlossen werden muss. Es basiert auf der seit vielen Jahren bestehenden Europäischen Wasserrahmenrichtlinie.
Bezüglich des Solidarprinzips vertritt Stadtrat Rappenhöner die Meinung, dass alle in Plauen an das Abwassernetz angeschlossenen Bürger die Kosten hierfür schon vor Jahren bezahlt haben. Dass das Arbeitsamt für Härtefälle nicht aufkommt, ist schwierig, aber es trifft immer einen Eigentümer und nicht einen Hartz IV-Empfänger, der zur Miete lebt. Hier trägt weder der ZWAV noch die Stadt

Plauen eine Verantwortung.

Stadtrat Dieter Blechschmidt, CDU-Fraktion, vertritt die Meinung, dass hier ein „Unsinn der EU auszubügeln ist, den das Land nun durchsetzen muss“.

Stadtrat Blechschmidt hält es für ökologischen und ökonomischen Unsinn, darauf zu bestehen, dass bei einem Anschluss, der 94 % vollbiologisch funktioniert auch noch auf die verbleibenden 6 % bestanden wird. Er wird sich deshalb der Stimme enthalten.

Stadtrat Karl-Jörg Rößiger, Fraktion DIE LINKE., benennt als Verwaltungsrat verschiedene Punkte, wie der ZWAV versucht hat, die Anschlüsse für die Bürger attraktiver zu gestalten.
Die Maßgabe, dass 100 % der Betroffenen einer Baumaßnahme zustimmen müssen, wurde von den Bürgermeistern auf 90 % reduziert.
Der ZWAV hat festgelegt, dass er die Mehrkosten über 15 % bei Baumaßnahmen trägt.
Von 3 Entsorgungsgebieten im Vogtlandkreis hat Plauen den besten Preis. Die Tendenz geht dahin, dass auch die beiden anderen Entsorgungsgebiete sich dem Preis in Plauen angepasst werden.

Der ZWAV hat die Erhöhung der Fördermittel auf 3.600 EUR vorangetrieben.
Nunmehr kann durchaus auch ein Entgegenkommen seitens der Bevölkerung erwartet werden.

Oberbürgermeister Oberdorfer ergänzt, dass dem ZWAV für die 3.600 EUR Förderung pro Anschluss lediglich ein zinsverbilligtes Darlehen gewährt wird. Die Bedienung dieser Kredite ist in den Gebühren für Wasser und Abwasser enthalten.

Oberbürgermeister Oberdorfer erklärt abschließend, dass in den meisten Gegenden Deutschlands Erschließungsbeiträge und Baukostenzuschüsse erhoben werden. Vor 20 Jahren wurde vom ZWAV festgelegt, dass keine Erschließungsbeiträge sondern nur Baukostenzuschüsse im Vogtland zu zahlen sind. Nunmehr ist festzustellen, dass dies im Zusammenhang mit dem Bau von vollbiologischen Kleinkläranlagen keine förderliche Entscheidung war.

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Plauen bestätigt die in der Anlage beigefügten Tabellen zur künftigen abwassertechnischen Erschließung von Grundstücken als Fortschreibung des Abwasserbeseitigungskonzeptes Stand 2013.

Abstimmungsergebnis: 26 Ja-Stimmen; 4 Nein-Stimmen; 7 Stimmenthaltungen

Beschluss-Nr.:52/14-2

3.3. Bereitstellung von außerplanmäßigen Aufwendungen für „Rückbau des Bürogebäudes der ehemaligen Kaserne Plauen-Kauschwitz“
Drucksachennummer: 874/2014

Herr Levente Sàrközy, Bürgermeister Geschäftsbereich II, erläutert den Inhalt der Verwaltungs-vorlage.

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt die Bereitstellung außerplanmäßiger Aufwendungen in Höhe von 107.000,00 EUR (darunter aus geänderter Zuordnung 67.000,00 EUR) für die Maßnahme „Rückbau Bürogebäude der ehemaligen Kaserne Plauen-Kauschwitz“.

Abstimmungsergebnis: 38 Ja-Stimmen; keine Nein-Stimmen; keine Stimmenthaltungen

Beschluss-Nr.: 52/14-3

3.4. Ersatz des Eigenanteils der Stadt Plauen durch die Wohnungsbaugesellschaft Plauen mbH zur Bahnhofstraße 26
Drucksachennummer: 866/2014

Oberbürgermeister Oberdorfer erläutert die Vorgehensweise zu den Verwaltungsvorlagen ab TOP 3.4. bis TOP 3.7. insgesamt.

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt die Übernahme des kommunalen Eigenanteiles in Höhe von 70 % durch die Wohnungsbaugesellschaft Plauen mbH für die Bezuschussung zur Maßnahme „Teilmodernisierung und Instandsetzung Bahnhofstraße 26“.

Abstimmungsergebnis: 38 Ja-Stimmen; keine Nein-Stimmen; keine Stimmenthaltungen

Beschluss-Nr.: 52/14-4

3.5. Ersatz des Eigenanteils der Stadt Plauen durch AWG Wohnungsgenossenschaft Plauen eG zur Forststraße 50-52
Drucksachennummer: 867/2014

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt die Übernahme des kommunalen Eigenanteiles in Höhe von 70 % durch die Wohnungsgenossenschaft Plauen eG für die Bezuschussung zur Maßnahme „Teilmodernisierung und Instandsetzung Forststraße 50-52“.

Abstimmungsergebnis: 38 Ja-Stimmen; keine Nein-Stimmen; keine Stimmenthaltungen

Beschluss-Nr.: 52/14-5

3.6. Ersatz des Eigenanteils der Stadt Plauen durch die AWG Wohnungsgenossenschaft Plauen eG zur Tischendorfstraße 1-7
Drucksachennummer: 870/2014

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt die Übernahme des kommunalen Eigenanteiles in Höhe von 70 % durch die Wohnungsgenossenschaft Plauen eG für die Bezuschussung zur Maßnahme „Teilmodernisierung und Instandsetzung Tischendorfstraße 1-7“.

Abstimmungsergebnis: 38 Ja-Stimmen; keine Nein-Stimmen; keine Stimmenthaltungen

Beschluss-Nr.: 52/14-6

3.7. Ersatz des Eigenanteils der Stadt Plauen durch den Eigentümer zur Rädelstraße 23
Drucksachennummer: 873/2014

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt die Übernahme des kommunalen Eigenanteiles in Höhe von 70 % durch den Eigentümer für die Bezuschussung zur Maßnahme „ Teilweise Modernisierung

von Dach und Fassade Rädelstraße 23“.

Abstimmungsergebnis: 38 Ja-Stimmen; keine Nein-Stimmen; keine Stimmenthaltungen

Beschluss-Nr.: 52/14-7

3.8. Antrag der CDU-Fraktion zur Aufrechterhaltung der Bewerbung der Stadt Plauen für die Landesausstellung Industriekultur, *Reg. Nr. 270-14*
- Ergänzungsantrag der SPD-Fraktion, *Reg. Nr. 275-14*

Stadtrat Steffen Zenner, CDU-Fraktion, erläutert den Inhalt des Antrages seiner Fraktion, ***Reg. Nr. 270-14.***
Wichtig ist nach Meinung von Stadtrat Zenner, so bald als möglich eine Konzeption für die Teilnahme an der Ausstellung zu erarbeiten und diese vorzustellen. Bevorzugtes Objekt der CDU-Fraktion ist hierfür das Weisbachsche Haus.

Stadtrat Rainer Maria Kett, Vorsitzender der SPD-Fraktion, erläutert den Inhalt des Ergänzungs-antrages seiner ***Fraktion, Reg. Nr. 275-14.***

Es sollte nach Meinung von Stadtrat Kett nicht zwingend nach neuen Konzepten gesucht, sondern möglichst auf Vorschläge aus der ersten Bewerbung für die Landesausstellung Industriekultur zurückgegriffen werden.

Oberbürgermeister Oberdorfer berichtet, dass in der Stadtratssitzung am 06.05.2014 eine Verwaltungsvorlage zum Beschluss des Standortes Weisbachsches Haus für Spitzenwelt Plauen vorgelegt werden soll. Die Eigentumsübernahme durch die Stadt Plauen im Januar 2015 ist gesichert. Von der Deutschen Stiftung für Denkmalschutz wurde mitgeteilt, dass die erste Auszahlung aus der Hartenstein-Stiftung für das Weisbachesche Haus im Frühjahr 2015 zu erwarten ist. Die Verwaltung des Gebäudes geht an den Eigenbetrieb GAV über. Die Klärung zu den Fördermitteln erfolgt demnächst.

Herr Sorger, Wirtschaftsförderer der Stadt Plauen, informiert, dass zur Zeit daran gearbeitet wird, das Konzept zu verfeinern. Es wird davon ausgegangen, dass die Spitzenwelt ein zentraler Standort ist. Der Kulturreferent der Stadt Plauen, Herr Heinze, möchte darüber hinaus noch die Kreativwirtschaft mit einbinden. Es ist auch wichtig, die weitere Entwicklung der Elsteraue mit einfließen zu lassen. Alle Geschäftsbereiche arbeiten bei dieser Aufgabe zusammen.
Im Ministerium gibt es bisher noch Entscheidungsprozesse. Vor 2015 kann wohl auch nicht mit konkreten Überlegungen des Kurators für den Standort Zwickau gerechnet werden. Aktuell liegen noch keine Aussagen vor, welcher Standort oder welche Aktivität wie und ob überhaupt gefördert wird.
Es kann gerne zur nächsten Stadtratssitzung am 06.05.2014 ein Grobkonzept in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Innovationszentrum für Stickerei und dem Kulturreferenten der Stadt Plauen vorgelegt werden.

Herr Sàrközy, Bürgermeister Geschäftsbereich II, informiert über ein Gespräch mit Herrn Dr. Schaal, Wissenschaftlicher Mitarbeiter und Koordinator Netzwerk Industriekultur.
Das Land Sachsen wird sich grundsätzlich auf den Hauptstandort der Ausstellung – Zwickau – konzentrieren. Das dezentrale Konzept soll aber weiter verfolgt werden. Zunächst erwartet das Land, dass von den Mitbewerbern, Konzepte und Ideen vorgelegt werden.

Herr Sàrközy ist der Meinung, dass der Zeitraum und auch die finanziellen Kapazitäten der Stadt Plauen dabei beachtet werden sollten. Eine schrittweise Entwicklung hält er für sinnvoll, so auch die Vorlage eines Konzeptes, das über 2018 hinaus weiterentwickelt werden kann.
Die Unterbringung eines Museums im Weisbachschen Haus würde seitens des Ministeriums

befürwortet. Dies ist aber nicht Bedingung.
Für die Industriekultur selbst gibt es keine Fördermittel. Das Land Sachsen ist aber bestrebt, dies in die aktuelle Fördermittellandschaft mit einzubeziehen.

HerrSàrközy sieht die Aufgabe dahingehend, noch in diesem Jahr für das Weisbasche Haus ein Konzept vorzulegen, welches in die vorhandenen Fördermittelprogramme eingepasst und schrittweise weiter entwickelt werden kann.
Der Grundsatzbeschluss zum Weisbachschen Haus ist nach Meinung von Herrn Sárközy Voraus-setzung. In 2015 könnte dann die Planung intensiviert werden.

Zur Einbeziehung der Plauener Bürger in die Vorbereitung der Ausstellung berichtet Herr Sàrközy über ein Gespräch mit einem Bürger, der gerne versuchen möchte, die Friedensbrücke als größte Einbogenbrücke der Welt aus Naturstein einzubeziehen, in dem an der Brücke eine Leinwand gespannt und abends als eine Art Kino genutzt wird, um die Geschichte der Brücke zu erzählen. Dies wäre ein guter Ansatz, um aus der Vergangenheit heraus eine Verbindung zur heutigen Zeit aufzuzeigen, indem ortsansässige Unternehmen z. B. zukunftsweisende Technologien vorstellen.

Oberbürgermeister Oberdorfer bittet zu überlegen, ob eventuell über die Landesausstellung Industriekultur das Spitzenmuseum Plauen und die Schaustickerei als erster Schritt in das Gelände Weisbachsches Haus verlegt werden könnten. Dafür sollte man den Freistaat Sachsen zum Mittun gewinnen.

Stadtrat Weiß erläutert, dass seine Fraktion bewusst ein erstes tragbares Konzept in ihrem Antrag benannt hat, welches dann natürlich weiter entwickelt oder durch andere Konzepte ergänzt werden kann. Wichtig ist, dass alles mit Zwickau und dem SMWK abgestimmt ist. Auf jeden Fall soll die Elsteraue in die Planungen einbezogen werden.

Stadtrat Kett merkt an, dass sich die von Oberbürgermeister Oberdorfer angesprochene Möglichkeit einer ausstellerischen Zwischenlösung der beiden Museen im Weisbachsche Haus eher schwierig darstellt.

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt, eine Bewerbung für die Landesausstellung Industrieschau als Standort aufrechtzuerhalten.
Da diese Entscheidung die Standortfindung des Spitzeninnovationszentrums in Plauen unmittelbar tangiert, wird die Verwaltung beauftragt, umgehend bis zur nächsten Stadtratssitzung ein erstes tragbares Konzept vorzustellen. Als Standort werden Objekte in der Elsteraue favorisiert, wie z. B. das Weisbachsche Haus, die Hempelsche Villa.

Abstimmungsergebnis: 36 Ja-Stimmen; keine Nein-Stimmen; keine Stimmenthaltungen

Beschluss-Nr.: 52/14-9

Ergänzungsantrag der SPD-Fraktion, Reg. Nr. 275-14

Beschluss:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, zusammen mit den vogtländischen Landtagsabgeordneten beim SMWK vorstellig zu werden, um die Förderkulisse für die Ausgestaltung des B-Standortes zur Landesausstellung Industriekultur 2018 zu klären.

Abstimmungsergebnis: 36 Ja-Stimmen; keine Nein-Stimmen; keine Stimmenthaltungen

Beschluss-Nr.: 52/14-10

3.9. Bereitstellung außerplanmäßiger Auszahlungen für die Beschaffung von Endgeräten für den Digitalfunk
Drucksachennummer: 886/2014

Oberbürgermeister Oberdorfer schlägt vor, den TOP 3.9. in der Befassung vorzuziehen.
Dem stimmen die Mitglieder des Stadtrates zu.

Herr Pöcker, Fachgebietsleiter Brandschutz, erläutert den Inhalt der Vorlage.

Stadtrat Dr. Hartmut Seidel, SPD-Fraktion, fragt nach, ob die Beschaffung der Endgeräte nur für die Berufsfeuerwehr gedacht ist oder ob dies zusammen mit dem Rettungszweckverband Sachsen zusammen hängt. Wie ist das insgesamt zu verstehen?

Herr Pöcker antwortet, dass der Rettungsdienst gesondert behandelt wird. Dort wird der Digitalfunk als Pilotprojekt als erstes eingeführt, um heraus zu finden, wo noch keine flächendeckende Absicherung gegeben ist.

Stadtrat Hansjoachim Weiß, Vorsitzender der CDU-Fraktion, fragt nach, ob es dann in der Berufs-feuerwehr und dem angeschlossenen Rettungsdienst verschiedene Maßnahmen gibt.

Stadtrat Dr. Seidel erläutert, dass die Einführung des Digitalfunks im Rettungszweckverband noch nicht vollendet ist. Ist es wirklich sinnvoll, nun diese Einzelmaßnahme zu starten, die dann vielleicht nicht kompatibel ist.

Herr Pöcker teilt mit, dass sich verschiedene Dinge noch in der Klärung befinden. Mit der Einführung des Digitalfunks müssen Mitarbeiterschulungen durchgeführt werden. Das spezielle Wissen kann aber erst dann transportiert werden, wenn die Technik vor Ort vorhanden ist.
Die Kommunikation zwischen Rettungsdienstfahrzeugen und Feuerwehrfahrzeugen ist auf jeden Fall sichergestellt.

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt die Bereitstellung von außerplanmäßigen Auszahlungen in Höhe von 125.000 EUR für die Beschaffung der digitalen Endgeräte und deren Einbau im Rahmen der Umstellung auf Digitalfunk für die Feuerwehr der Stadt Plauen.

Abstimmungsergebnis: 36-Ja, Stimmen; keine Nein-Stimmen; 2 Stimmenthaltungen

Beschluss-Nr.: 52/14-8

4 . Verschiedenes

Oberbürgermeister Oberdorfer gibt Erläuterungen zu den Zeitungsartikeln der letzten Tage bezüglich der Anträge von Fraktionen zur Sanierung des Rathauses.
Er informiert, dass dem Stadtrat in seiner Sitzung am 06.05.2014 die Leistungsphase 2 von dem beauftragten Büro RKW Leipzig vorgelegt wird. Ein möglicher Neubau des Nordwestflügels des Rathauses wird dabei in 2 Varianten mit einer entsprechenden Kostenschätzung vorgestellt.
Die bisher gestellten Anträge der Fraktion DIE LINKE. und der SPD-Fraktion zu einer möglichen Sanierung des Rathauses werden zu diesem Tagesordnungspunkt mit eingeordnet.
Die Mitglieder der Arbeitsgruppe Rathausneubau haben sich in ihrer Sitzung am 31.03.2014 darauf

geeinigt, eine Kostenschätzung für eine mögliche Sanierung des Rathauses durch ein einheimisches Büro anzufordern. Diese Kostenschätzung dürfte aber keine künftige Bauplanung enthalten, sonst müsste öffentlich ausgeschrieben werden.

Stadtrat Steffen Zenner, CDU-Fraktion, legt einen Antrag der CDU-Fraktion zu einer möglichen Sanierung des Rathauses vor.
Die CDU-Fraktion hat sich ganz klar positioniert und will einen eigenen Antrag einbringen, der in etwa die Richtung der anderen Anträge hat.

Stadtrat Zenner verliest den Antrag:

> Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt, das Architekturbüro RKW Leipzig nicht weiter für den Neubau der Rathausfassade zu beauftragen. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, mit einem regionalen Planungsbüro ein Konzept zu einer Sanierung zu erarbeiten. Dabei sind innovative Lösungen, insbesondere mit einer dimmbaren Verglasung, besonders zu berücksichtigen.
> Die Gesamtkosten der Sanierung inklusive Nebenleistung sollten die Bruttosumme von 5 Mio. EUR nicht überschreiten.

Stadtrat Zenner erläutert diesen Antrag ausführlich und verweist auf die nach seiner Meinung bisher gemachten Fehler bei der Thematik Rathausneubau.
Er betont u. a., dass seine Fraktion Wert darauf legt, dass eine spezielle einheimische Firma für die Kostenschätzung einer möglichen Sanierung gewählt wird, die ein dimmbares Glas anbietet.

Oberbürgermeister Oberdorfer weist darauf hin, dass ein Geschäftsordnungsantrag von Stadtrat Dieter Rappenhöner, Vorsitzender der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, angezeigt wird und bittet um Ausführung.

Nach Meinung von Stadtrat Rappenhöner ist es nicht richtig, dass Oberbürgermeister Oberdorfer bei den vorhergehenden Ausführungen von Stadtrat Zenner nicht eingeschritten ist.
Er beruft sich darauf, dass Oberbürgermeister Oberdorfer in den Stadtratssitzungen und mehrfach auch im Ältestenrat immer wieder betont hat, dass unter dem TOP Verschiedenes nur unwesentliche Teile besprochen werden dürfen.

Oberbürgermeister Oberdorfer weist darauf hin, dass ein Geschäftsordnungsantrag zur Abstimmung gestellt werden sollte und daher einer Formulierung bedarf, die mit Ja oder Nein zu beantworten ist.

Stadtrat Rappenhöner fragt nach, warum Oberbürgermeister Oberdorfer in diesem Fall nicht ein-schreitet, wo Stadtrat Zenner nicht konform mit der Geschäftsordnung handelt.

Oberbürgermeister Oberdorfer entgegnet, dass Stadtrat Zenner zu diesem Zeitpunkt eine Art „Sonderbonus“ hat. Ansonsten will Oberbürgermeister Oberdorfer natürlich versuchen, wieder nach der Geschäftsordnung zu verfahren. Eine inhaltliche Debatte zum Thema Rathausneubau kann gerne in der Sitzung des Stadtrates am 06.05.2014 zum entsprechenden Tagesordnungspunkt durchgeführt werden.

Stadträtin Kerstin Knabe, FDP-Fraktion, spricht sich erneut zum Thema Haltepunkt Zellwolle aus. Sie fragt nach, ob es vorstellbar wäre, eine Art Sammeltaxi, ähnlich wie im Ortsteil Neundorf, einzurichten.

Oberbürgermeister Oberdorfer lässt dies prüfen und sagt eine schriftliche Antwort zu.

Stadtrat Sven Gerbeth, Vorsitzender der FDP-Fraktion, ermutigt die Verwaltung, diese bestmögliche Lösung für diesen Sachverhalt heraus zu holen. Nach seinem Verständnis müssten am genannten Haltepunkt die Züge auch weiterhin halten können.

Stadtrat Klaus Jäger, Fraktion DIE LINKE., fragt nach, warum im Kreisjournal des Vogtlandkreises keine Veranstaltungshinweise aus der Stadt Plauen zu finden sind, z. b. der Spielplan des Theaters Plauen-Zwickau. Er bittet um Prüfung, welche Möglichkeiten die Kultureinrichtungen der Stadt Plauen haben, mit Hinweisen zu Programmen im o. g. Kreisjournal mit aufgenommen zu werden.

Oberbürgermeister Oberdorfer bittet um ein entsprechendes Anschreiben von Herrn Täschner, Bürgermeister Geschäftsbereich I, an den Landrat des Vogtlandkreises.

Stadtrat Rainer Maria Kett, Vorsitzender der SPD-Fraktion, trägt einen Antrag der SPD-Fraktion vor:

> Der Oberbürgermeister wird aufgefordert, dem Stadtrat am 6. Mai 2013 einen zeitlichen und inhaltlichen Ablaufplan zur Erarbeitung eines Haushaltssicherungskonzeptes unter Einbeziehung des Stadtrates vorzulegen.
> Hierzu soll eine Arbeitsgruppe aus je zwei Vertreter/innen der Stadtratsfraktionen und den fraktionslosen Stadträten gebildet werden. die mit der Erarbeitung des Haushaltsplanentwurfs befassten Mitarbeiter/innen der Stadtverwaltung sind ebenfalls in diese Arbeitsgruppe einzubinden.

Stadtrat Kett erläutert kurz den Inhalt des Antrages.

Oberbürgermeister Oberdorfer teilt mit, dass die Kämmerin beabsichtigt, den Stadtrat stärker in die Haushaltsplanung mit einzubinden. Dazu werden entsprechende Vorschläge unterbreitet und der o. g. Antrag der SPD-Fraktion berücksichtigt.

Stadtrat Hansjoachim Weiß, Vorsitzender der CDU-Fraktion, hat am 19.03.2014 auf die Problematik Polizeiordnung bezüglich Leinen- und Maulkorbpflicht bei Hunden, speziell nach der aktuellen Hundeattacke auf Kinder hingewiesen.
Er wünscht eine ausführliche Analyse, wie und bei welcher Gelegenheit Kontrollen durchgeführt werden und mit welchem Ergebnis.
Stadtrat Weiß fordert die Verwaltung auf, mehr und strengere Kontrollen möglichst in Dienstkleidung durchzuführen.

Oberbürgermeister Oberdorfer bittet den Fachbereich Sicherheit und Ordnung um entsprechende Stellungnahme.

Stadtrat Steffen Zenner, CDU-Fraktion, trägt einen Antrag seiner Fraktion vor.

> Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt, die Fußgängerüberführung über den Bahnhof Chrieschwitz zwischen „Alter Postweg“ und „Hammerplatz“ nicht abzureißen sondern in den Sanierungsplan aufzunehmen und zukünftig zu erhalten.

In der Bauphase sollte eine Behelfsbrücke gebaut werden und eventuell eine Zählung der Nutzung durchzuführen.

Stadtrat Wolfgang Hinz, Fraktion DIE LINKE. lädt Stadtrat Zenner am 02.04.2014, 14:30 Uhr ein zur Unterschriftensammlung an der Netto-Kaufhalle in Chrieschwitz. Die Initiative zum Erhalt der Fußgängerbrücke geht in erster Linie von den Bürgern aus (mittlerweile wurden ca. 250 Unterschriften gesammelt) und dort sollte es auch belassen werden.

Oberbürgermeister Oberdorfer bittet darum, sich dem Thema sachlich zu nähern. Es gab bereits in der Vergangenheit eine Zählung, wie oft die vorhandene Brücke genutzt wird, diese viel sehr gering aus. Es sollte auch eine Alternative zur Brücke geprüft werden, z. B. ein fußläufiger Übergang über die Bahngleise mit entsprechenden Warnvorrichtungen.

Plauen, den	Plauen, den
Ralf Oberdorfer Oberbürgermeister	Andrè Bindl Stadtrat
Plauen, den	Plauen, den
Peggy Glaß Schriftführerin	Karl-Jörg Rößiger Stadtrat